



GESUNDHEITSPOLITIK BADEN-WÜRTTEMBERG

Der "Runde Tisch Geburtshilfe" bittet Kinder- und Jugendärzte um eine Elternbefragung

Erstmals am 24. Januar 2017 tagte der "Runde Tisch Geburtshilfe" am Ministerium für Soziales und Integration in Baden-Württemberg. Es soll die Situation der Geburtshilfe im Land analysiert und verbessert werden. Als Teil der Analyse sollen die betroffenen Eltern befragt werden. Dies geht einigermaßen flächendeckend nur über die Kinderärzteschaft bei den Vorsorgeuntersuchungen. Daher wurden Roland Fressle und ich darum gebeten, ein diesbezügliches Befragungskonzept zu entwickeln. Wir haben uns einen Fragebogen mit fünf einfachen Fragen überlegt, die Fragen werden mehrsprachig ausgeführt sein. Dieser Bogen wird den Eltern während eines Kalendermonats bei der U5 gegeben. Die gesammelten Fragebögen werden dann eingeschickt und landkreisindividuell ausgewertet. Die letzte der fünf Fragen fragt, ob die beteiligten Eltern an einer tiefergehenden Online-Befragung teilnehmen wollen, deren link mitgegeben wird. Warum der Umstand?

Es kommen wieder mehr Kinder zur Welt in Baden-Württemberg [2]. Dies ist schön und freut uns alle. Aber gleichzeitig bemerken wir Versorgungsengpässe nicht nur in der Pädiatrie: Die Mutter, die mitunter nur noch schwer einen U3-Termin bekommt, hatte ein ähnliches Problem vielleicht schon, als sie mit beginnenden Wehen ihren Wahlkreißaal ansteuerte und dort erfuhr, dass dieser bereits an der Kapazitätsgrenze arbeite und sie es daher besser im Nachbar Krankenhaus versuchen solle. Auch die Hebammensuche hätte sie besser schon präkonzeptionell begonnen... Klar ist, dass jeweils die ressourcenschwächeren Familien, die eine Versorgung am dringendsten benötigen, diese nun am schwersten finden. So müssen in den frühen Hilfen der Kommunen wie in den kinderärztlichen Praxen auch vermehrt Lücken der originären Hebammennachsorge aufgefangen werden. Es geht also auch um ein Gerechtigkeitsproblem. Mangelverwaltung trägt aber für alle zu gehetzter Arbeit, Stress und Angst perinatal bei und zwar auf Seiten der Familien und der Versorgenden. Dieses nicht zu verändern wäre ein Beitrag zur langfristigen Verschlechterung der Gesundheit unseres Nachwuchses. Wir sitzen

dabei alle in einem Boot, denn die Röhren der Versorgung kommunizieren. Es geht also um Daten für politische Taten.

Vor der Landtagswahl 2016 hatten wir von PädNetzS die Parteien zu diversen Kapazitätsengpässen unserer Nachbarberufsgruppen befragt. Bei der Frage 11 ging es um die Hebammenversorgung: „Kinder- und Jugendärzte bemerken, dass Hebammen mit den Füßen abstimmen daran, dass zuerst die Familien, die eine Hebamme am dringendsten bräuchten, keine mehr finden. Deren Arbeit kann von den frühen Hilfen in den Kommunen nicht aufgefangen werden. Welche landespolitischen Möglichkeiten sehen Sie, die Hebammenversorgung zu sichern?“ [3] Insbesondere die jetzt regierenden Parteien formulierten, wie wichtig ihnen eine nicht nur theoretisch freie Wahl des Geburtsortes und eine gesicherte Hebammenversorgung ist. Und so wurde die Hebammenversorgung im grün-schwarzen Koalitionsvertrag vom 9.5.2016 wie folgt thematisiert: „Wir möchten in Baden-Württemberg ein Klima schaffen, das es jungen Familien erleichtert, Kinder zu bekommen. Die Begleitung und Unterstützung durch Hebammen vor, während und nach der Geburt ist für die Frauen-, Kinder- und Familiengesundheit unverzichtbar. Wir wollen die Vor- und Nachsorge durch Hebammen, sowie die hebammengeleitete Geburtshilfe im Land deshalb stärken und machen uns für die Absicherung der freiberuflichen Hebammen stark. Unser Ziel ist es, eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe im ganzen Land sicherzustellen. Um die Hebammenversorgung im Land zu sichern, werden wir zügig Gespräche mit Krankenkassen, Kommunalen Landesverbänden und Hebammen aufnehmen. Unser Ziel ist es, eine dauerhaft tragfähige Lösung für die Versorgungsstrukturen mit freiberuflicher Hebammenhilfe in Baden-Württemberg zu finden.“ [1]

Am 19.10.2016 hatte die 4. Landesgesundheitskonferenz das Sozialministerium gebeten, einen "Runden Tisch Geburtshilfe" einzuberufen, „mit dem Ziel, die Versorgung schwangerer Frauen und junger Mütter weiterzuentwickeln, eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe im ganzen Land sicherzustellen und eine dauerhaft

tragfähige Lösung für die Versorgungsstrukturen mit freiberuflicher Hebammenhilfe in Baden-Württemberg zu finden. Dabei werden u.a. Vertreterinnen und Vertreter von Krankenkassen, Kommunalen Landesverbänden, der Ärzteschaft, der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft sowie der Hebammen einbezogen.“ Auf der ersten konstituierenden Sitzung unter der Leitung von Staatssekretärin Frau Mielich am 24.1.2017 wurde unter anderem beschlossen, vorhandene Daten zur Geburtshilfe zusammenzutragen und neue Daten zielführend zu generieren. Insbesondere die Krankenkassen bestanden darauf. So wird es Befragungen von verschiedener Seite zu verschiedenen Themen geben; diese Schritte werden am 28.2.2017 in einer kleinen Steuerungsgruppe abgestimmt und auf der nächsten Sitzung des Runden Tisches Geburtshilfe am 28.3.2017 beschlossen. So kann frühestens für alle U6 im Monat Mai die Befragung starten.

Till Reckert

Literatur:

Bündnis 90/Die Grünen, CDU (2016) Baden-Württemberg: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ. Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU Baden-Württemberg 2016-2021.
Jansen T (2016) Demographie versus Bedarfsplanung. PädNetzS Info 2016/5:7–10.
Reckert T (2016) Die Landtagswahl am 13. März 2016 in Baden-Württemberg: 12 Fragen an die Parteien. PädNetzS Info 2016/6–17.



Die Fragen an unsere Eltern werden voraussichtlich sein:

- 1.) **Hatten Sie eine Hebamme gesucht?**
(ja/nein/weiß nicht)
- 2.) **Fanden Sie eine Hebamme für die Geburtsvorbereitung?** (ja/nein/weiß nicht)
- 3.) **Konnten Sie an Ihrem Wunschgeburtsort unter der Geburt zufriedenstellend betreut werden?**
(ja/nein/weiß nicht)
- 4.) **Fanden Sie eine Hebamme für das Wochenbett?**
(ja/nein/weiß nicht)
- 6.) **Nehmen Sie an unserer erweiterten Online-Umfrage teil?**
(ja/nein/weiß nicht)

Landkreis oder Stempel der Praxis (um die Ergebnisse örtlich aufbereiten zu können)

Der endgültige Fragebogen liegt der PädNetzS-info 2/2017 als Kopiervorlage bei.

FORTBILDUNG

Brückner Test Workshop

Am 14.12.2016 und am 18.01.2017 lag der Fokus im Konferenzraum der Esslinger Kinderklinik auf den augenärztlichen Untersuchungen in der Kinder- und Jugendarztpraxis. Zentraler Punkt war dabei der Brückner Test, mit dem, obwohl in Zukunft für viele Vorsorgeuntersuchungen in der Pädiatrie verpflichtend, viele Kollegen noch überhaupt keine Erfahrung hatten.

Das Gelingen der Abendveranstaltungen, die bis über den letzten Platz hinaus durch Ärzte aus PädNetzS-Praxen und der Esslinger Klinik ausgebucht waren, war eine nachahmenswerte Koproduktion vieler beteiligter. Die von PädNetzS kommende Idee wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Welch Allyn umgesetzt und vom augenärztlichen Kollegen und Strabologen Atili aus Esslingen aufs kompetenteste fachlich gestaltet, während Herr Professor von Schnakenburg von der Kinderklinik den Veranstaltungsraum beisteuerte und so auch den Kollegen aus der Klinik eine Teilnahme ermöglichte.

Neben dem Brückner Test, zu dessen Durchführung sich am Ende alle Teilnehmer in der Lage und ermutigt fühlten, kamen auch noch

einige weitere Tests und die damit erfassten Pathologika zur Sprache. Für den 14.12. konnte Herr Atili sogar mit einem Probanden aus seinem Patientenstamm aufwarten, der sich den Teilnehmern als „Versuchskaninchen“ zur Verfügung stellte.

Abgerundet wurde das theoretische fachliche Programm durch die Vorstellung des Spot Visionscreeners der Firma Welch Allyn durch Herrn Löwe (Löwe Medizintechnik, Vertriebspartner für den Spot in Deutschland). Danach konnte dann ausführlich mit mitgebrachten und von Welch Allyn freundlicherweise zur Verfügung gestellten Ophthalmoskopen gegenseitig geübt und auch die Handhabung des Spot getestet werden.

Der Ausklang erfolgte dann jeweils mit Fachgesprächen am reich gedeckten Buffet der Firma Welch Allyn.

Als Resümee konnte dann gezogen werden, dass solche Veranstaltungen, für die mehr Nachfrage als Kapazität bestand, dringend wiederholt werden sollten und dass die Zusammenarbeit von Kliniken und Niedergelassenen in der Organisation solcher Veranstaltungen noch deutlich ausgebaut werden kann.

Ulrich Kuhn